

Indien im Überblick

zusammengestellt von Jakob Littmann und Tina Süß

Neue Behörde soll Steuerflucht bekämpfen

Als eine ihrer ersten Amtshandlungen hat die neue indische Regierung eine Behörde ins Leben gerufen, die aus hochrangigen Beamten besteht und die die grassierende Steuerflucht bekämpfen soll. Laut dem US-amerikanischen Thinktank *The Global Financial Integrity* haben vermögende Inder zwischen 1948 und 2008 umgerechnet etwa 370 Milliarden Euro auf illegale Weise außer Landes gebracht. Seit der wirtschaftlichen Öffnung 1991 soll die Steuerflucht stark zugenommen haben, wodurch sich auch das soziale Gefälle weiter verschärft hat. Immer wieder gab es in den vergangenen Jahren Berichte, dass beispielsweise internationale Gipfel (wie das Weltwirtschaftsforum in der Schweiz) von politischen und wirtschaftlichen Eliten als willkommene Möglichkeit gesehen wurden, Schwarzgeld in Steueroasen zu schaffen und so neben der privaten Bereicherung auch den Gestaltungsspielraum des Staates, etwa für Sozial-, Bildungs-, Gesundheits- und Infrastrukturprogramme, zu verkleinern. Laut Schätzungen macht der Schwarzmarkt etwa ein Drittel (!) des indischen Bruttoinlandsprodukts aus. Die Steuermoral ist traditionell niedrig und so bleibt abzuwarten, ob die neue Behörde unter Modis harter Hand tatsächlich schlagkräftig wird oder ob es sich wie im vergleichbaren Falle Griechenlands nur um einen Papiertiger handelt, den die Regierung stützt, sobald er zu erfolgreich wird (indem er zu viele Profiteure innerhalb des Systems belangt). Immerhin hatte die indische Regierung schon 2009 Informationen über 26 Inder aus Deutschland erhalten, die Konten bei Banken in Liechtenstein hatten. 2011 entschied das Oberste Gericht, dass in dem Fall eine Ermittlungsbehörde eingesetzt werden müsse, wogegen sich die Regierung aber widersetzte. Erst im April dieses Jahres hat sie dem Gericht eine Liste mit den Namen der Betroffenen übergeben. Gegen 18 von ihnen wurden Verfahren eingeleitet. Anfang Mai forderte das Oberste Gericht die Regierung erneut zu einer umfassenden Untersuchung auf. Narendra Modi handelte nun umgehend, auch weil seine BJP im Wahlkampf das Aufstöbern von Schwarzgeldern versprochen hatte. Der neue Justizminister Ravi Shankar Prasad erklärte, mit der neuen Behörde wolle die BJP klarmachen, dass es ihr mit der Bekämpfung der Steuerflucht und der Korruption ernst sei. Auch in anderen Wirtschaftsbereichen versuchte bereits die Vorgängerregierung, den wirtschaftlichen Spielraum zu vergrößern und erhob (wie berichtet)

unter anderem Zölle auf Goldeinfuhren, um das Leistungsbilanzdefizit zu senken (da Indien der weltweit größte Goldimporteure ist). Erste „Erfolge“ zeigen sich bereits und das Leistungsbilanzdefizit sinkt tatsächlich wie gewünscht. Auch ausländische Direktinvestitionen steigen wieder (seit Januar wurden netto vier Milliarden Euro in indische Aktien investiert) und die Rupie erholt sich nach der besorgniserregenden Talfahrt langsam. Infrastrukturprobleme und dringend benötigte, aber fehlende Investitionen sorgen aber trotzdem für ein konstant schwächer werdendes Wirtschaftswachstum, das sich innerhalb der letzten zehn Jahre von teilweise über zehn Prozent auf mittlerweile „nur“ noch 4,8 Prozent halbierte. Die Inflationsrate sank immerhin leicht und liegt trotzdem noch bei 8,3 Prozent, worunter natürlich besonders die Ärmsten leiden. Da in den kommenden Jahren jedes Jahr 10 bis 15 Millionen Inder auf den Arbeitsmarkt kommen, müssten bis 2030 circa 260 bis 390 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen. Falls dies nicht gelingt, birgt das ein enormes Konfliktpotenzial.

Diskriminierung nach Kasten an Indiens Schulen

Laut einem Bericht der Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* (HRW) besteht das Kastenwesen an staatlichen Schulen fort, obwohl die indische Verfassung eine Diskriminierung anhand von Ethnie, Religion oder Kaste verbietet. Nach wie vor werden Randgruppen wie Dalits, Muslime und Kinder von Stammesvölkern nachteilig von Lehrern behandelt. Die Schüler müssten beispielsweise nach Kasten geordnet antreten, Dalits müssten Toiletten putzen und oft bekämen Kinder aus unteren Kasten nur die Essensreste ihrer Klassenkameraden. Fast die Hälfte der Schüler in Indien bricht die Grundschule ab, obwohl seit vier Jahren jedes Kind in Indien das Recht auf Bildung hat. Die Autorin des Berichts, Jayshree Bajoria, spricht von einer tief in der Gesellschaft verwurzelten Diskriminierung.

Minister Gopinath Munde stirbt bei Verkehrsunfall

Nur wenige Tage nach seiner Vereidigung als Minister für ländliche Entwicklung starb Gopinath Munde, 64, am 3. Juni 2014 bei einem Autounfall. Der bekannte BJP-Politiker aus Maharashtra, der aus ärmlichen Verhältnissen stammte, war auf dem Weg zum Flughafen in Delhi. Laut Polizeibericht wurde das Auto von der

Seite gerammt, weil der Fahrer des Unfallwagens eine rote Ampel überfahren haben soll. Er wurde daraufhin festgenommen. Munde soll beim Unfall einen plötzlichen Herztod erlitten haben. Er war von 1980 bis 1985 und von 1990 bis 2009 Abgeordneter im Parlament von Maharashtra, in den Jahren 2009 und 2014 gewann er einen Sitz im indischen Parlament in Delhi.

Drittes Geschlecht in Indien gesetzlich anerkannt

Ein wegweisendes und überraschendes Urteil fällt das Oberste Gericht in Indien am 15. April: Menschen, die sich selbst als *transgender* definieren und sich nicht nur einem Geschlecht zuordnen möchten, können sich zukünftig in offiziellen Dokumenten wie Führerscheinen oder Pässen als drittes Geschlecht ausweisen. „Es ist das Recht eines jeden Menschen, sein Geschlecht zu bestimmen“, so das Gericht in Neu-Delhi. Zudem erhalten die *Transgender*-Gemeinschaften – wie auch schon niedere Kasten – staatliche Hilfen, da sie laut Gericht als sozial und wirtschaftlich rückständig angesehen werden müssen. Somit haben sie Anspruch auf Unterstützung durch den Staat. Das Urteil ermöglicht auch einen leichteren Zugang zu Bildungseinrichtungen und Arbeitsplätzen, da ein bestimmter Prozentsatz für benachteiligte Gemeinschaften reserviert ist. Das Urteil wurde von Aktivisten begrüßt, die nun auf eine geringere Diskriminierung der *Transgender*-Gemeinschaften hoffen. Bereits vor zwei Jahren hatte die *Transgender*-Bewegung einen entsprechenden Antrag eingereicht. In Indien leben circa zwei Millionen *Transgender* als so genannte *Hijras* in geschlossenen Gemeinschaften. Oft leiden sie unter Armut und verdienen ihren Lebensunterhalt mit Singen, Tanzen, Betteln oder Prostitution. Noch Mitte März hatte dasselbe Gericht Homosexualität erneut verboten (beziehungsweise die zeitweise Aufhebung des Paragraphen 377 kassiert), was international zu massiver Kritik geführt hatte.

Indien zum weltweit zweitgrößten Textilexporteur aufgestiegen

Laut der *United Nations Commodity Trade Statistics Database* (UN *Comtrade*) ist Indien 2013, auch aufgrund steigender Löhne in China und der vermehrten Wahrnehmung der schlechten Arbeitsbedingungen in Bangladesch im Westen, zum weltweit zweitgrößten Textilexporteur aufgestiegen. China dominiert den Weltmarkt immer noch mit Textilausfuhren in Höhe von jährlich 200 Milliarden Euro. Indien führt aktuell Textilien im Wert von knapp 30 Milliarden Euro aus. Der Anstieg des indischen Exports um 23 Prozent im

Vergleich zum Vorjahr basiere laut UN *Comtrade* vor allem auf dem wachsenden Bekleidungssektor, der 43 Prozent der indischen Ausfuhren ausmacht.

Metro baut sein Engagement in Indien kräftig aus

Nach der umstrittenen Öffnung für ausländische Supermarktketten plant die deutsche Großhandelskette Metro, ihr Geschäft auf dem indischen Markt weiter auszubauen. So sollen neben den bereits bestehenden 16 Märkten 34 neue Filialen eröffnet werden. Diese sollen kleiner als üblich sein – da die Inder an ihre kleinen Tante-Emma-Läden gewöhnt seien – und so praktischerweise neben den geringeren Investitionsanforderungen auch für die Konsumenten Vorteile bieten. Angeblich sollen durch jede neu eröffnete Filiale 300 Arbeitsplätze entstehen. Wie viele Besitzer der kleinen Tante-Emma-Läden und deren Mitarbeiter dadurch ihre Jobs verlieren, ist allerdings nicht bekannt.

Zahlreiche Tote nach Zugunfällen

Im Norden Indiens ereignete sich am 26. Mai ein schweres Bahnunglück, das viele Todesopfer forderte: ein vollbesetzter Passagierzug, der auf dem Weg von Delhi nach Gorakhpur (Distrikt an der Grenze zu Nepal) war, konnte nicht mehr rechtzeitig bremsen und raste in der Nähe des Bahnhofs Chureb in Uttar Pradesh in einen stehenden Güterzug. Sechs Waggons des Gorakhnath-Express entgleisten dabei und zahlreiche Menschen waren zunächst in ihren Abteilen eingeschlossen. Durch den Aufprall wurden mehrere Waggons hochgehoben und verkeilten sich ineinander. Laut Polizeisprecher Amrendra Sainger starben dabei 40 Menschen und es gab mehr als 100 Verletzte, die in den umliegenden Krankenhäusern behandelt wurden. Die *Times of India* meldete, dass die beiden Züge wohl durch einen Signalfehler auf das gleiche Gleis gelenkt wurden. Erst Anfang Mai starben mindestens 19 Menschen, als ein Zug rund 100 Kilometer südlich von Mumbai entgleiste.

Tote bei Rebellenangriffen im Nordosten

Im Nordosten Indiens sind Anfang Mai bei den schwersten Gewaltausbrüchen in der Region seit zwei Jahren mindestens 22 muslimische Dorfbewohner bei Rebellenangriffen ums Leben gekommen. Der regionale Polizeichef L.R. Bishnoi sagte, bei den Angreifern handle es sich um Mitglieder der *National Democratic Front of Bodoland* (NDFB), die für einen eigenen Bundesstaat kämpfen. Seit Jahren werfen Angehörige des Stammes *Bodo* den Muslimen vor, dass diese von Bangladesch

aus illegal in ihr Stammesgebiet im indischen Unionsland Assam eindringen. Bei den Auseinandersetzungen geht es häufig auch um Bodenrechte.

Neuer Hitzerekord in Delhi

Große Hitze an Sommertagen sind die Bewohner/-innen von Delhi gewöhnt. Am Sonntag, dem 8. Juni, erlebten sie mit 47,8 Grad Celsius allerdings den heißesten Tag seit 62 Jahren. Das Wortspiel eines „boiling ‚Sun‘day“ in der *Times of India* war dabei zum Aushalten der Hitze vermutlich nur wenig hilfreich.

Weitere Vergewaltigungen, Proteste und politische Statements

Mitte April soll die Mutter eines Vergewaltigungsopfers aus Barabanki (in der Nähe von Lakhnau, Uttar Pradesh) ihren Ehemann und drei weitere Männer angestiftet haben, die Ehefrau des Peinigers ihrer Tochter zu missbrauchen. Sie fand es ungerecht, dass der Täter nur zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde und initiierte daraufhin die Vergeltungstat. Die Frau des Vergewaltigers wurde dabei schwer verletzt. Ende Mai wurden zwei weitere Vorfälle aus Uttar Pradesh gemeldet: Im Distrikt Azamgarh fiel eine 17-Jährige einer Gruppenvergewaltigung zum Opfer, ihr Zustand ist kritisch. In Etawah wollte die Mutter eines Vergewaltigungsopfers ihre Anzeige nicht zurückziehen und wurde von Familienangehörigen des Täters schwer verletzt. Bei einer Gruppenvergewaltigung im Distrikt Badaun im Bundesstaat Uttar Pradesh wurden zwei minderjährige Cousinen, 14 und 15 Jahre alt, von mehreren Männern vergewaltigt und an einem Baum erhängt. Die drei Verdächtigen, Cousins zwischen 20 und 30 Jahren, haben nach ihrer Festnahme die Tat gestanden. Nach zwei weiteren Tätern wird noch gesucht. Die minderjährigen Mädchen waren Dalits. Zwei Beamte wurden nach der Tat suspendiert und müssen sich wegen Pflichtverletzung und einer möglichen Verschwörung mit den Tätern verantworten. Zudem wurde bekannt, dass die Behörden die Ermittlungen erst nach heftigen Protesten der Gemeindemitglieder aufgrund des Leichenfunds aufgenommen hatten. Regionalpolitiker und Frauenrechtsgruppen sprechen von zunehmender Gesetzlosigkeit in Uttar Pradesh. Unterdessen wurde Anfang Juni ein weiterer barbarischer Fall bekannt: Eine 22-Jährige wurde vergewaltigt und ermordet. Ihre nackte Leiche wurde auf einem Feld gefunden, mit einem Plastikstrick um den Hals und Verbrennungen im Gesicht. Eine Autopsie ergab, dass man die Frau vor ihrem Tod zwang, Säure zu trinken. Doch erst nachdem eine

Frauenrechtsgruppe eine Stellungnahme veröffentlichte, leiteten Beamten die Ermittlungen ein. Vor einigen Wochen äußerte sich Mulayam Singh Yadav, Chef der *Samajwadi Party* von Uttar Pradesh, bei einer Wahlkampfveranstaltung zur Gewalt gegen Frauen und sorgte für Empörung: „Jungs sind eben Jungs, sie machen halt Fehler.“ Sein Parteikollege Abu Azmi, Parteichef im Bundesstaat Maharashtra, sagte sogar, außerehelicher Sex, egal ob freiwillig oder unfreiwillig, solle mit dem Tod bestraft werden. Anfang Juni hat auch noch ein Parteifreund Modis, Babulal Gaur von der *Bharatiya Janata Partei* (BJP), Innenminister für Recht und Ordnung des Bundesstaates Madhya Pradesh, sexuelle Gewalt gegen Frauen verharmlost und sogar teilweise gerechtfertigt: Vergewaltigungen würden von Männern und Frauen abhängen und seien „manchmal falsch und manchmal richtig“. Die Partei distanzierte sich von seinen Aussagen. Der Innenminister von Chhattisgarh, Ram Sevak Paikra von der BJP, sagte nur wenige Tage später, Vergewaltigungen würden nicht vorsätzlich verübt, sondern beruhten auf Täuschung („*No one commits rape deliberately. It is committed by deceit.*“). Ebenfalls Anfang Juni demonstrierten Hunderte Frauen, aufgerufen von der BJP, in Lakhnau (Uttar Pradesh) für eine rasche Aufklärung der Gruppenvergewaltigung von Badaun. Ihre Forderungen waren, dass die Landesregierung gegen die Gewalt gegen Frauen und der Untätigkeit der Polizei vorgehen müsse. Die Polizei setzte Wasserwerfer ein, es gab Verletzte.

Gemischte Reaktionen auf Sieg der BJP und Ängste der Minderheiten

Indiens Minderheiten reagieren gemischt auf den erdrutschartigen Sieg der BJP, den Ministerpräsident Modi vor allem dem Freiwilligenkorps der Hindu-Nationalisten, dem *Rashtriya Swayamsevak Sangh* (RSS), verdankt. Kritiker vermuten, dass der RSS, der für die Ideologie eines Primats der Hindus im säkularen Indien steht, die BJP als politisches Machtinstrument nutzen wird. Christen und Muslime befürchten deshalb ein Anwachsen der Übergriffe auf religiöse Minderheiten und ein Erstarken der Hindu-Nationalisten. Die Entfremdung zwischen Hindus und Muslimen nimmt unterdessen aufgrund von Gewalt und Absonderung im Alltag vor allem in städtischen Gebieten immer mehr zu. Während des Wahlkampfes gab es in Modis engerem Umkreis immer wieder negative und bedenkliche Äußerungen gegenüber Muslimen oder Modi-Gegnern. Modi selbst distanzierte sich davon und versuchte nicht den Eindruck zu erwecken, er sei gegen irgendeine Minderheit.